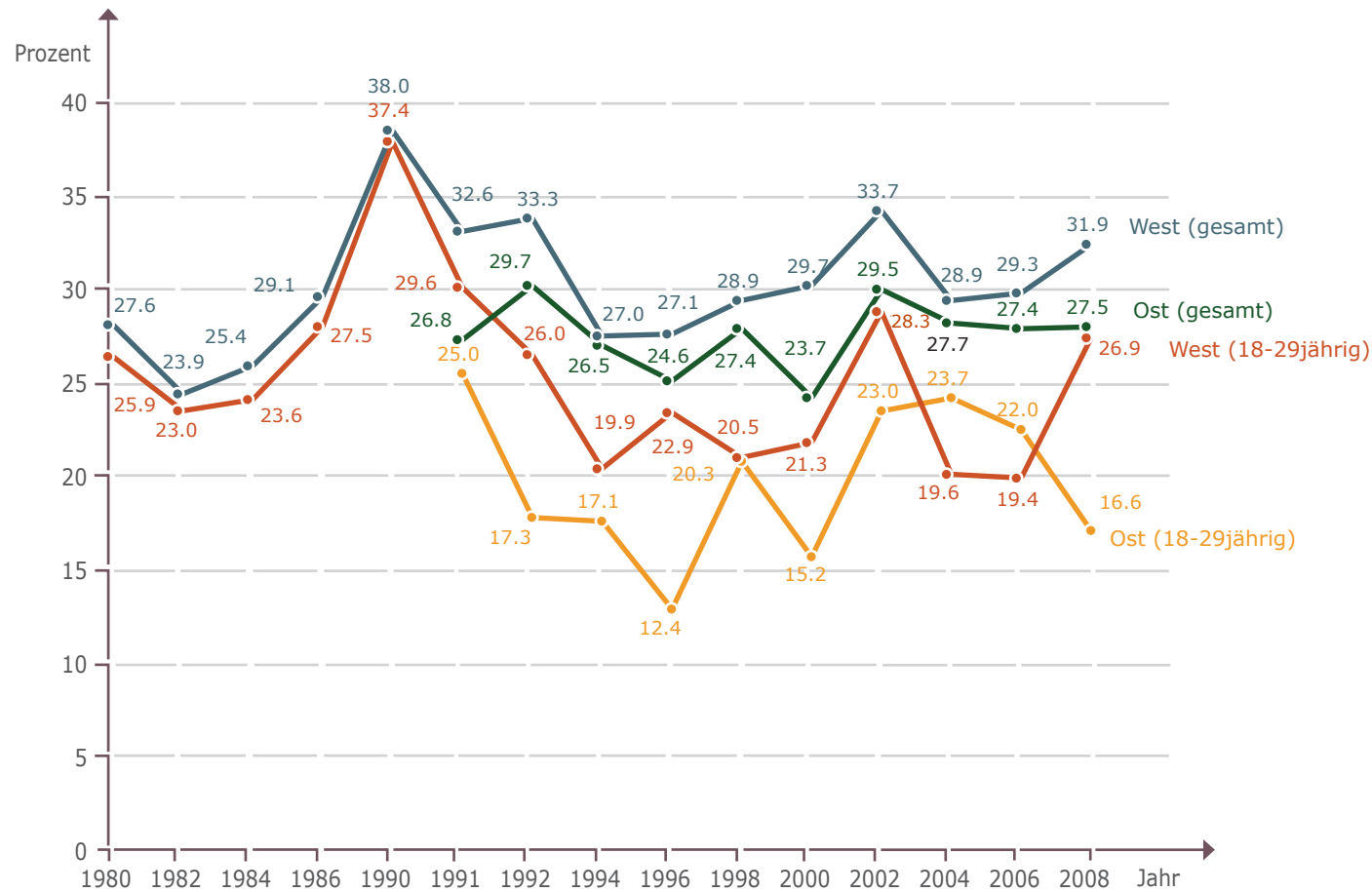


Politisches Interesse

Politisches Interesse in der Bundesrepublik

„Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?“
Angaben in Prozent*



* eigene Auswertung, Antworten „sehr stark“ und „stark“ zusammengerechnet

Quelle: Allbus 1980-2006

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de; Bundeszentrale für politische Bildung, 2011, www.bpb.de



■ ■ Politisches Interesse

1. Begriff und Bedeutung

Das politische Interesse gilt als ein Indikator dafür, wie wichtig die Bürger das politische Geschehen sehen. Nur wenn sie politische Entscheidungen als bedeutend für sich selbst erachten, sind sie motiviert, sich zu informieren bzw. politisch zu engagieren. Verschiedenen Erhebungen zufolge kann eine Wechselwirkung zwischen politischem Interesse und anderen Formen politischer Beteiligung angenommen werden. So ergab im Jahr 2003 eine repräsentative Umfrage, dass 40 Prozent der regelmäßigen Wähler nur schwach oder gar nicht politisch interessiert sind. Das gleiche gilt für 56 Prozent der „konjunkturellen“, d.h. nicht grundsätzlich wahlabsinenten Nichtwähler, und sogar 76 Prozent jener Befragten, die selten oder nie wählen (Bertelsmann-Stiftung 2004, S. 118).

Das Ausmaß des politischen Interesses wird in Westdeutschland seit 1952 regelmäßig und standardisiert in repräsentativen Bevölkerungsumfragen gemessen: „Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?“. Einige ausgewählte Ergebnisse sind in der Abbildung „Politisches Interesse in der Bundesrepublik“ zusammengefasst (vgl. Gabriel/Neller 2010, S. 82, ferner Weißels 2008, S. 392). Ein naheliegender Vorbehalt ist, dass der in dieser Frage formulierte Begriff des „politischen Interesses“ möglicherweise zu vage ist, seine Messung daher inadäquat oder irreführend sein könnte. Denn schließlich geht aus der Frage nicht exakt hervor, worauf genau sich das abgefragte Interesse bezieht, so dass womöglich bestimmte Bereiche des politischen Interesses, die von den Befragten vielleicht

gar nicht explizit als „Politik“ verstanden werden, ausgeklammert bleiben könnten. Solche Befürchtungen und Vorbehalte wurden inzwischen jedoch abgeschwächt: Zwar handelt es sich bei den Antworten jeweils um Selbsteinschätzungen der Befragten, die mithin über eine je individuelle Interpretation von „politischem Interesse“ verfügen. Ergänzende Untersuchungen und Umfragedaten zeigen jedoch klar, dass die Befragten bezüglich der Stärke des politischen Interesses keinesfalls nur die institutionalisierten bzw. „konventionellen“ Partizipationsformen (wie Parteimitgliedschaft oder Teilnahme an Wahlen) berücksichtigen. Sie beziehen ihr politisches Interesse ebenso auf den Bereich diskursiver und nicht-institutionalisierter Formen politischer Beteiligung wie z.B. Beteiligung an Demonstrationen, politisch motivierte Besetzungen, Unterschriftensammlungen usw. sowie auf ebensolche Abläufe politischen Entscheidens (Westle 2001, S. 149; vgl. Westle/Schön 2001).

Nachfolgend wird „politisches Interesse“ als Begriff aus der politischen Partizipationsforschung entlehnt. Diese definiert es als eine generell der Politik zugewandte Aufmerksamkeit, welche individuelle Bedürfnisse, Wertorientierungen und Nutzenerwartungen widerspiegelt (vgl. „Interesse“ und „Interessenpolitik“ in Holtmann 2000, S. 271ff.).

2. Politisches Interesse in Umfragen für West- und Ostdeutschland

Das politische Interesse hat sich fortlaufenden Umfragen zufolge in Westdeutschland seit Gründung der Bundesrepublik 1949 beständig und dynamisch verändert.



■ Politisches Interesse

Nachdem das Interesse an Politik bis Ende der 1950er Jahre in der Bundesrepublik vergleichsweise schwach ausgeprägt war, bilden die 1960er Jahre einen Wendepunkt hin zu einer wachsenden Politisierung, die sich in steigendem Politikinteresse äußerte. „1969 erreichte der Anteil der politisch Interessierten erstmals die Vierzigprozentmarke. Bis zur Mitte des folgenden Jahrzehnts stieg er um weitere zehn Prozentpunkte. Abgesehen von einigen vorübergehenden Einbrüchen blieb das erreichte Niveau bis zur Wiedervereinigung erhalten bzw. nahm zwischen 1980 und 1990 nochmals leicht zu.“ (Gabriel 2005, S. 472)

Für den Osten Deutschlands liegen für die Vergleichszeit bis 1990 keine Umfragedaten vor. Es gibt lediglich Erkenntnisse auf der Basis der vom Institut Infratest Kommunikationsforschung entwickelten und seit 1968 kontinuierlich über 22 Jahre durchgeführten „Stellvertreterforschung“. Darunter versteht man eine „kombinierte Form der teilnehmenden Beobachtung und indirekten Befragung von bundesdeutschen Besuchern der DDR“ (Köhler 1992, S. 60). Aufgrund der spezifischen Art der Erhebung dieser Daten sind hieraus natürlich nur indirekte Rückschlüsse auf Einstellungen der DDR-Bevölkerung zulässig: Den Befunden der Stellvertreterforschung zufolge lag der Anteil politisch stark Interessierter, die sich mit dem politischen System der DDR nicht oder nur gering identifizierten, 1978 bei gut einem Drittel der DDR-Bevölkerung. Dieses politisch stark interessierte Drittel der DDR-Bevölkerung orientierte sich im Widerspruch zu den offiziellen DDR-Doktrinen vor allem an den Verhältnissen in der Bundesrepublik. Der Anteil dieser politisch stark orientierten Bürger blieb weitgehend konstant, ehe er

Ende der achtziger Jahre sprunghaft anstieg (1989 lag er bei ca. 60 Prozent). Politisch stark interessierte Systemanhänger machten dagegen zu beiden Zeitpunkten nur weniger als 10 Prozent der Bevölkerung aus (Angaben nach Köhler 1992, S. 71).

Wie hat sich das politische Interesse seit der deutschen Wiedervereinigung entwickelt? – War es im Einigungsjahr 1990 in Ost wie West am bislang stärksten ausgeprägt (vgl. Weßels 2008, S. 391), so ließ das politische Interesse bereits kurz danach in beiden Teilen Deutschlands nach. Der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland ist abgesehen von kleineren Schwankungen seit der Wiedervereinigung (Gabriel 2010, S. 79 f.) gering. In den alten Bundesländern ist das politische Interesse insgesamt konstant etwas größer als in den neuen Bundesländern: 2008 lag es bei 32 Prozent im Westen und 27,5 Prozent im Osten (vgl. Abbildung „Politisches Interesse in der Bundesrepublik“).

3. Unterschiede zwischen Ost und West sowie bei Altersgruppen

Für diese Differenz werden mehrere Erklärungen angeboten: Als ein Grund gilt die überdurchschnittliche Beanspruchung durch ökonomische Probleme in Ostdeutschland; diese lasse den Bürgern weniger Zeit und Kraft für Interesse am politischen Geschehen. Für diese Begründung spricht eine historische Analogie. Auch in Westdeutschland interessierten sich nach dem Systembruch von 1945 „die meisten Menschen in erster Linie dafür, ihre persönlichen Lebensumstände neu zu organisieren“ (Gabriel 2005, S. 471). Neben jenen vordringlich zu bewältigenden öko-

■ Politisches Interesse

nomischen Problemen findet sich bei vielen ehemaligen DDR-Bürgern (insbesondere bei Jugendlichen) ein „Gefühl der Ungerechtigkeit“ (Gaiser/Krüger/Rijke 2011, S. 112) z.B. hinsichtlich der sozialen Positionierung und Lebenschancen. Dieses Gefühl geht im Osten einher mit resignierenden Einstellungen und einem Erkalten des politischen Interesses, ebenso mit einer Abschwächung des Vertrauens in die Demokratie. Auch die für viele Ostdeutsche noch nachwirkenden, mithin weiterhin präsenten Erfahrungen aus dem Alltag der DDR, welcher durch eine permanente politische Aktivierung seitens des Regimes geprägt war, könnten das nachmals geringere Interesse erklären. Weiterhin ist zu beachten, dass bei Umfragen lediglich eine Selbsteinschätzung des politischen Interesses erfasst wird. Die Selbstwahrnehmung, Selbstdarstellung oder auch Preisgabe sensibler Informationen über sich selbst kann vom tatsächlichen Interesse abweichen.

Im langfristigen Verlauf ist für Deutschland insgesamt ein Anstieg des politischen Interesses feststellbar, welcher jedoch nur bis zum Zeitraum der Wiedervereinigung andauert. Im zeitlichen Umfeld der Wiedervereinigung lässt sich eine sprunghafte politische Mobilisierung der Bevölkerung sowohl in Ost als auch in West feststellen. Danach halten sich politisches Interesse und Desinteresse die Waage (vgl. Gabriel 2010, S. 79 f.). Zudem gilt der genannte Anstieg nicht für alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen. Sowohl in West- wie in Ostdeutschland sinkt das politische Interesse spürbar, je jünger die Menschen sind. Insbesondere bei den 18- bis 29-Jährigen liegt das politische Interesse weit unter dem Durchschnitt der Bevölkerung (vgl. Abbildung „Politisches Interes-

se in der Bundesrepublik“). Diese altersspezifische Differenz des politischen Interesses tritt nach der Wiedervereinigung deutlicher auf, und zwar wiederum gleichermaßen in Ost und West. 2006 bekundeten in Westdeutschland Jüngere ein um etwa 10 Prozentpunkte geringeres Interesse für Politik als Ältere, was die bis dahin größte Differenz seit Beginn der Messungen darstellte (Weßels 2008, S. 391). 2008 wurde dieser Wert in Ostdeutschland sogar noch übertroffen und stieg auf 11 Prozent an (vgl. Abbildung „Politisches Interesse in der Bundesrepublik“). Die verfügbaren Zahlen belegen außerdem, dass ostdeutsche 18- bis 29-Jährige über Jahre hinweg (mit Ausnahme von 2006) politisch weniger interessiert sind als Gleichaltrige in Westdeutschland (vgl. auch Gensicke u.a. 2009, S. 71, wo das niedrigere politische Interesse ostdeutscher Jugendlicher aufgezeigt wird).

Dass und warum sich Jugendliche und junge Erwachsene offenbar generell weniger stark für Politik interessieren, ist Gegenstand verschiedener neuerer Untersuchungen (vgl. z.B. Frech/Juchler 2011). Hierbei geht es nicht primär um die alle Altersgruppen betreffende und je nach eingenommener Perspektive beklagte oder gelegnete Politikverdrossenheit, sondern z.B. um offenkundige Defizite politischer Bildung und ihrer Institutionen. Jugendliche werden von ihr demnach nicht ausreichend angesprochen und erreicht, oftmals wissen Jugendliche nicht um ihre tatsächlich vorhandenen politischen Gestaltungsmöglichkeiten im demokratischen Gemeinwesen oder aber diese erscheinen ihnen als wenig attraktiv. Doch geht es hier nicht allein um bloßes Wissen oder zu erwerbende Kompetenzen, auch die sozialen und kulturellen Um-



■ Politisches Interesse

stände, mithin der vertraute Alltag, wirken auf die Einstellung hinsichtlich politischer Partizipation. Ein höheres politisches Interesse ist mithin nicht allein durch bessere politische Bildung zu erreichen, es geht immer auch um die tatsächlichen Praktiken und realen Entfaltungsmöglichkeiten und Lebenschancen. Die diesbezüglich auch über zwanzig Jahre nach der Vereinigung noch fortbestehenden Differenzen zwischen Ost und West lassen bezweifeln, dass es einen ‚naturwüchsigen‘ Wandel der politischen Einstellungen oder einen ebensolchen ‚quasinatürlichen‘ Anpassungsprozess an die (westlichen demokratischen) Vorgaben gibt. Gaiser u.a. 2011, S. 118 zufolge ist ein solcher Wandel empirisch nicht zu belegen, weshalb die Forscher im Anschluss an Falter 2009 eine Annäherung von Ost und West eher „über eine Verbesserung der objektiven Umstände und die unsichtbare Hand der Generationenfolge“ erwarten.

Politisches Interesse steigt mit dem Grad formaler Bildung. Das Bildungsniveau hat einen starken Effekt ebenso auf die politische Kompetenz und die Akzeptanz der Idee der Demokratie. Diese Effekte des Bildungsabschlusses sind in Ostdeutschland stärker als in Westdeutschland (Gaiser u.a. 2011, S. 111, vgl. S. 115). Weitere wichtige Faktoren im Hinblick auf die Stärke des politischen Interesses sind die ökonomische Lage, die soziale Sicherheit und das Gefühl einer möglichen Einflussnahme auf Politik (ebenda, S. 112). Je erfolgreicher politische Bildung gelingt, desto größer die Kenntnis und Wahrscheinlichkeit der Wahrnehmung der vielfältigen politischen Gestaltungsmöglichkeiten und Formen möglicher politischer Partizipation. Und: „Nach eigenen Angaben ist politischer

Wissensdurst unter Männern stärker vorhanden als unter Frauen“ (Bertelsmann Stiftung 2004, S. 118). Schließlich: „Auch der Faktor Ortsgröße spielt eine Rolle. Das Politikinteresse steigt parallel mit der Einwohnerzahl der Stadt oder Gemeinde, in der die Befragten leben“ (Ebenda).

■ Autor

Steffen Schmidt (SFB 580 Jena/Halle)

■ Literaturhinweise

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) 2004: Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, Gütersloh.

Falter, Jürgen W. 2009: „Verfassungspatrioten“ oder „Schönwetterdemokraten“? Demoskopische Befunde 20 Jahre nach der „friedlichen Revolution“. Vortrag anlässlich des Hambacher Disputes 2009: 60 Jahre Grundgesetz – 60 Jahre Bundesrepublik: Geburtstag in der Krise. Wie stabil ist unsere Demokratie?; URL: www.politik.uni-mainz.de/cms/falter.php [August 2011]

Gabriel, Oscar W. 2005: Politische Einstellungen und politische Kultur, in: Ders./Everhard Holtmann (Hrsg.), Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, 3.Auflage, München und Wien, S. 457 – 521.

Gabriel, Oscar W./Neller, Katja 2010: Bürger und Politik in Deutschland. In: Oscar W. Gabriel/Fritz Plasser (Hrsg.), Deutschland, Österreich und die Schweiz im neuen Europa. Bürger und Politik. Baden-Baden: Nomos Verlag 2010.



■ Politisches Interesse

■ Literaturhinweise

Gaiser, Wolfgang/Krüger, Winfried/de Rijke, Johann 2011: Jugendliche – Vergessene Adressaten der politischen Bildung? In: Siegfried Ferch/Ingo Juchler (Hrsg.). Bürger auf Abwegen? Politikdistanz und politische Bildung. Wochenschau Verlag: Schwalbach/Ts. 2011.

Gensicke, Thomas/Olk, Thomas/Reim, Daphne/Schmithals, Jenny/Dienel, Hans-Liudger (2009), Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland. Quantitative und qualitative Befunde, Wiesbaden: VS-Verlag.

Holtmann, Everhard (Hrsg.) 2000: Politik-Lexikon, 3.Auflage, München und Wien.

Köhler, Anna 1992: Marschierte der DDR-Bürger mit? Systemidentifikation der DDR-Bevölkerung vor und nach der Wende, in: Gerhardt, Uta/Mochmann, Ekkehard (Hrsg.), Gesellschaftlicher Umbruch 1945 – 1990. Re-Demokratisierung und Lebensverhältnisse, München 1992, S. 59 – 80.

Weßels, Bernhard 2008: Politische Integration und politisches Engagement. S. 391-396, in: Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn.

Westle, Bettina 2001: Politische Partizipation und Geschlecht, in: Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland: Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Opladen, S. 131 - 168.

Westle, Bettina/Schön, Harald 2001: Ein neues Argument in einer alten Diskussion: Politikverdrossenheit als Ursache des gender gap im politischen Interesse? In: Brettschneider, Frank/Deth, Jan W. van/Roller, Edeltraud (Hg.): Ende der politisierten Sozialstruktur? Opladen.